

**Kristina Meyer, Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 18), Wallstein Verlag, Göttingen 2015, 549 S., geb., 42,00 €.**

Entstanden aus einer Dissertation an der Universität Jena, die die Jahre von 1945 bis 1974 behandelt, bietet das vorliegende Buch dank der Erweiterung des Untersuchungszeitraums nun einen umfassenden Überblick über den Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit bis 1990, also in der ‚alten‘ Bundesrepublik. Dabei wird nicht nur die Beschäftigung der SPD mit ihrer eigenen Geschichte, also mit der Politik der SPD in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur untersucht, sondern in den Blick genommen wird der Umgang ‚der‘ SPD mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Dadurch wird das Untersuchungsfeld deutlich erweitert, gliedert sich die Untersuchung damit doch in die Analyse des Umgangs der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft mit der NS-Vergangenheit ein. Die unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen und Konjunkturen der Auseinandersetzung – Ende der Weimarer Republik, Weg zur Machtetablierung der Nationalsozialisten, Kriegsvorbereitung und -führung, rassistische Vernichtungspolitik sowie schließlich Widerstand – spiegeln sich auch in der sozialdemokratischen Vergangenheitspolitik wider, die freilich mit ihren Initiativen selbst zugleich die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit vorangetrieben und mitgestaltet hat.

Die Arbeit widmet sich dem Thema in chronologischer Gliederung, wobei die Kriterien der Gliederung sowohl den wechselnden Schwerpunkten der sozialdemokratischen Vergangenheitspolitik als auch den sich wandelnden Rahmenbedingungen folgen, zu denen – mal Oppositions-, mal Regierungspartei – die Rolle der SPD im Bund, aber auch die Entwicklung der politischen Kultur insgesamt gehören. In der ersten Phase von 1945 bis 1949, die als Jahre von „Enthusiasmus und Enttäuschung“ gekennzeichnet werden, zeigten sich Bemühungen um ‚Entnazifizierung‘ von Staat und Gesellschaft ebenso wie Bestrebungen zur Integration ehemaliger (unbelasteter) Nationalsozialisten – auch in die SPD. Wenn man bedenkt, dass der erste Bundesvorstand der SPD fast ausschließlich aus Verfolgten und Angehörigen des Widerstands in Reich und Exil bestand, wird man nicht sagen können, dass es massive Vorbehalte in der SPD-Mitgliedschaft gegen diesen Personenkreis gegeben hätte. Dennoch war der Umgang mit dem Thema des sozialdemokratischen Exils und auch des Widerstands durchaus ambivalent: Die einen mochten nicht davon berichten, die anderen nichts davon hören, empfanden letztere wohl vielfach allein die Tatsache eines ‚anderen‘ Überlebens des ‚Dritten Reichs‘ als Vorwurf an die eigene Adresse. Diese Doppelung prägte auch die zweite Phase, die 1950er-Jahre: Hinweise auf die NS-Vergangenheit dienten zur Legimitation sowohl der Abwehr der neu entstehenden „Gefahren von rechts“ als auch der Befürwortung der ‚Wiedergutmachung‘. Schon damals zeichnete sich, wenn von politischem Widerstand die Rede war, die Hochschätzung des Attentats vom 20. Juli 1944 ab, bot sich hier doch die Chance einer politisch-ideologischen Gemeinsamkeit von konservativen und sozialdemokratischen Eliten zur Traditionsbildung der bundesrepublikanischen Demokratie. Die dritte Phase – 1959 bis 1966 – stand im Zeichen der rechtlichen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit: Da ging es um die „Nazi-Justiz“, aber auch und vor allem um die Verjährungsfrage. Die nächste Phase – „Wandel ohne Annäherung“ – umfasst die Jahre von 1966 bis 1974: Die Bildung der Großen Koalition mit Kurt Georg Kiesinger als ehemaligem NSDAP-Mitglied und Willy Brandt, dem (vielfach auch von Christdemokraten verleumdeten) Remigranten aus dem skandinavischen Exil, kann dabei als Beitrag zum „Brückenschlag“ über die durch die Vergangenheit aufgerissenen Gräben interpretiert werden, die freilich in der Debatte um die Notstandsgesetze und auch in der Frage der Neuen Ostpolitik überaus deutlich hervortraten. In beiden Konflikten spielte der Rückgriff auf die deutsche Geschichte eine zentrale Rolle: Mal ging es um „Lehren“ aus dem Weg der Weimarer Republik ins ‚Dritte Reich‘, mal um die Verarbeitung der Folgen des Zweiten Weltkriegs. Insbesondere das Verhältnis zu Polen, also die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, führte zu einer Spaltung der deutschen Gesellschaft, die auch durch Willy Brandts Kniefall in Warschau und den Friedensnobelpreis nicht geeint wurde. Erst in den Jahren von 1974 bis 1982 verortet die Autorin die „Identitätssuche in Krisenzeiten“: Mag man

den Beginn der Identitätssuche auch früher ansiedeln können, handelt es sich doch um ein durchgängiges Thema sozialdemokratischer Geschichtspolitik, so ist doch klar, dass – nach deutlichen Ansätzen schon in den 1960er-Jahren – das Thema „NS-Vergangenheit“ in den 1970er-Jahren zu ‚dem‘ geschichtspolitischen Konfliktthema aufrückte. Dabei wurde vor allem, angestoßen auch von außen, zum Beispiel von der TV-Serie „Holocaust“, die Frage der Judenverfolgung thematisiert, aber innerhalb der SPD auch die Frage nach der eigenen Politik in den 1930er/40er-Jahren stärker diskutiert. Die Klärung der historischen Identität der SPD und die historische Verortung der Bundesrepublik Deutschland prägten die Geschichtspolitik der SPD „gegen den Strom“ in den 1980er-Jahren (1982–1990), als es nicht nur um die von Helmut Kohl durch das Treffen mit Ronald Reagan in Bitburg und mit der Musealisierung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland symbolträchtig inszenierte „geistig-moralische Wende“, sondern eben auch und vor allem um den ‚Historikerstreit‘ ging. In dem Maße, in dem sich Bestrebungen zur „Normalisierung“ des vorherrschenden Geschichtsbilds zeigten, um die deutsche Politik vom „Schatten der Vergangenheit“ zu befreien, in dem Maße besann sich die SPD in ihrer Geschichtspolitik auf die Geschichte der Opfer und auch des Widerstands, wobei zugleich die Verantwortung für die Geschichte des 20. Jahrhunderts als Leitlinie der aktuellen Politik galt. Dass die Sozialdemokratie diese Fragen vor allem in eigenen Veranstaltungen diskutierte, die nur punktuell mit dem nicht sozialdemokratischen Diskurs verzahnt waren, trug gewiss dazu bei, dass sich ein eigenes geschichtspolitisches Biotop festigte, dessen vorherrschende Positionen nicht für alle außerhalb der SPD anschlussfähig waren. Eine problemorientierte Schlusszusammenfassung, in der nicht nur die großen Linien, sondern auch die inneren Konflikte und Widersprüche des sozialdemokratischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit nachgezeichnet werden, rundet die Arbeit ab.

Stets wird deutlich: Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist keine allein geschichtswissenschaftlich oder auch geschichtspolitische Frage. Vielmehr geht es immer um praktisch-politische Konsequenzen: von der Personalpolitik in den Ministerien sowie Parteien und der ‚Wiedergutmachung‘ über die Verjährungs- und die Notstandsgesetzdebatte bis hin zur Ostpolitik und der „Normalisierung“ des Geschichtsbilds. Außerdem geht es immer um die historisch gewachsene Identität, um das Selbstverständnis eben nicht nur der SPD, sondern der Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet, dass völlig zu Recht nicht nur die im engeren Sinne geschichtspolitischen Aktivitäten und Akteure beleuchtet werden; es geht also nicht nur um die explizit historischen Aussagen sozusagen „berufener“ Sprecherinnen und Sprecher, zum Beispiel von Susanne Miller, der Vorsitzenden der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, und von Heinz Putzrath, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten. Dabei zeigt sich, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (auch) in dieser Frage keineswegs einmütig auftraten: Je nach Erfahrungshintergrund und politischer Verortung gab es ganz unterschiedliche Positionen zum Umgang mit der NS-Vergangenheit beziehungsweise ganz unterschiedliche Schlüsse, die daraus für politische Entscheidungen gezogen wurden. So zeigt sich immer wieder, dass aktual-politisches Handeln eine geschichtspolitische Dimension hat, dass es sich aus Geschichte begründet und Geschichte interpretiert. Das wird wohl am deutlichsten in Reden und im Handeln Willy Brandts, der sich – ganz gleich, welches Amt er innehatte – immer wieder zu historischen Problemen geäußert und zudem seine Politik mit historischer Einordnung und Begründung versehen hat.

Vielleicht wäre das Bild noch ein wenig facettenreicher geworden, wenn systematisch auch die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, speziell die des Archivs der sozialen Demokratie und der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte, berücksichtigt worden wäre. Denn die SPD hat ja zusammen mit ihrem Parteiarchiv auch einen Teil ihrer geschichtspolitischen Arbeit ‚outgesourct‘ – eben an die ihr nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung. Wäre dies mit in den Blick genommen worden, so hätte sich wohl noch deutlicher gezeigt, wie stark die Geschichtsarbeit der SPD und die ihres organisationspolitischen Umfelds von einer doppelten Frontstellung herausgefordert wurde: Da war zum einen die etablierte universitäre, vielfach konservativ orientierte Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland, für die die Geschichte der Arbeiterbewegung bis in die 1970er-Jahre hinein praktisch nicht existierte. Zum anderen war da die marxistisch-leninistisch ausgerichtete Geschichtswissenschaft der DDR, deren Publikationen zusammen mit Forschungsarbeiten speziell aus Marburg ab den frühen 1970er-Jahren verstärkt auf den bundesrepublikanischen Markt drängten; Kennzeichen dieser Arbeiten waren die grundsätzliche Ablehnung der sozialdemokratischen Politik in Weimarer Republik und ‚Drittem Reich‘ als „opportunistisch“ und die unkritische Hochschätzung der KPD als der einzigen Alternative zum „Faschismus“.

Auf diese doppelte Herausforderung antworteten Forschungen aus der Abteilung Sozial- und Zeitgeschichte, konkret Anfang der 1970er-Jahre die wegweisenden Lokalstudien von Kurt Klotzbach, Hans-Josef Steinberg und Kuno Bludau zum Widerstand der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet sowie ab Mitte der 1980er-Jahre die Länderstudien von Patrik von zur Mühlen zum Exil, speziell in Südeuropa und in Lateinamerika. Gerade mit Rücksicht auf die Herausforderung durch die marxistisch-leninistische Geschichtspolitik hätte zudem ein weiteres Forum der geschichtspolitischen Auseinandersetzung Beachtung verdient, nämlich die Internationalen Tagungen der Historiker (und Historikerinnen) der Arbeiterbewegung in Linz/Donau, zu denen seit Ende der 1960er-Jahre Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus den westlichen Demokratien mit denen aus Ländern des Ostblocks zusammentrafen, um unter anderem auch über die Rolle der Arbeiterbewegung bei Aufstieg und Machtetablierung des Nationalsozialismus sowie über den Widerstand aus Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung zu diskutieren.

Diese ergänzenden Anmerkungen sollen und können den positiven Eindruck, den dieses Buch erweckt, nicht verdunkeln. Es bietet einen ebenso problembewussten wie differenzierten und umfassenden Einblick in den Umgang der SPD mit der NS-Vergangenheit und leistet damit einen Beitrag zur Geschichte von Selbstvergewisserung und Selbstverständnis der SPD nach 1945, aber zugleich zur Geschichte der Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik und zur historischen Dimension zahlreicher politischer Entscheidungen. So bleibt als Resümee, dass die Arbeit in der Dissertationsfassung zu Recht mit dem Willy-Brandt-Preis für Zeitgeschichte ausgezeichnet wurde.

*Michael Schneider, Kalenborn*

#### **Zitierempfehlung:**

Michael Schneider: Rezension von: Kristina Meyer, Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 18), Wallstein Verlag, Göttingen 2015, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 56, 2016, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81716>> [31.3.2016].